

# Der Schulbau und die Krise

*Die Diskussion über die Schulbildung flammt immer wieder neu auf, und doch gibt es im Vergleich zum EU-Raum wenig Bewegung in Österreichs Schulsystem und Schulorganisation. Die vorhandenen ideellen und materiellen Strukturen erscheinen auf den ersten Blick sehr statisch. In der Krise des Wirtschaftssystems wird Bildung (und nebenbei bemerkt auch Forschung) vielfach als jener Bereich genannt, in den der Staat investieren sollte, um die Zukunft seiner Bürger und des eigenen Standortes zu sichern. „Bildung schafft Zukunft!“, proklamiert Bildungsministerin Claudia Schmied in ihrem programmatischen Bildungskonzept.*

von MAJA LORBEK und ROBERT TEMEL

Die Reaktion der Politik auf die Krise kann jedoch im Bereich der Bildung auf zwei zuweilen widersprüchliche Ansätze reduziert werden. Eine der Strategien ist der Versuch, auf deutlich weniger Budgetmittel zu reagieren, indem die Kosten vor allem im Personalbereich gesenkt bzw. stabilisiert werden. Der andere Lösungsansatz ist staatliche Investition als Konjunktur-belebende Maßnahme für die Bauwirtschaft, kaum als Mittel zur Schulentwicklung. Die Investition in öffentliche Bauaufträge, insbesondere auch in Bildungsbauten, zählt zu den klassischen keynesianischen Instrumenten der staatlichen Wirtschaftssteuerung. Wenn man jedoch die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) genauer studiert, fällt auf, dass hier von keiner prozentuellen Steigerung die Rede ist. Man kann davon ausgehen, dass Investitionen lediglich vorgezogen, jedoch nicht oder nur unwesentlich erhöht wurden.

**DISZIPLINIERUNG:** Die Schulbildung ist nach wie vor vielfach ein klassisches System der Disziplinierung im Foucaultschen Sinne, das als Vorbereitung und Drill für die faktisch im Verschwinden begriffene fordistische Arbeitsorganisation dient. Darüber hinaus geht es inmitten der Risikogesellschaft und des sich permanent adaptierenden Produktionssystems um eine graduelle, jedoch generelle Änderung des Bildungsprinzips. In Reformkonzepten für die Bildung gibt es genug Ansätze, an denen diese Adaptierung des Schulsystems abgelesen werden kann. Vor allem der gegenwärtige

Trend zur Individualisierung des Unterrichts und zur Eigeninitiative beim Lernen geht auf die Notwendigkeiten der Wissensgesellschaft und postfordistischer Produktionsorganisation zurück. Die Reformen, die einerseits von oben verordnet trotz Widerstand durchgesetzt werden und andererseits auch als bottom-up-Initiativen entstehen, werden keineswegs nur neue, bessere pädagogische Konzepte mit sich bringen, sondern vor allem auch die Reorganisation der Verwaltung in der Schule anstreben. Und auch der Rechnungshof kritisierte vor kurzem die ineffiziente Schulverwaltung und drängt auf greifende Reformen.

Eines der radikalsten europäischen Schulkonzepte der Gegenwart ist die schwedische Futurum-Schule unweit von Stockholm, basierend auf dem Programm „Schule 2000“. Die Schule wird nach dem Prinzip „kleine Schule in der großen Schule“ organisiert, die „große Schule“ versorgt die sechs einzelnen „Schulhäuser“ einerseits mit synergetischer Infrastruktur und Ressourcen und andererseits auch mit Direktiven aus der „Zentrale“ bzw. vom Entwicklungsteam des Schulkonzeptes. Die einzelnen Schulhäuser, bestehend aus 150 Schülern aller Altersstufen zwischen 6 und 16 und aus je



Die Futurum ist nach dem Prinzip „kleine Schule in der großen Schule“ organisiert.



Die Futurum-Schule unweit von Stockholm: eines der radikalsten europäischen Schulkonzepte der Gegenwart

einem Team mit 16 Lehrern, verfügen über große Autonomie in vielen Bereichen. Die einzelnen Schulhäuser entscheiden über die Verwendung ihres Budgets, Teile der pädagogischen Ausrichtung und über die Arbeit im Team. Es gilt ein weitgehendes Präsenzzeitmodell, die Lehrenden und Lernenden sind ganztags anwesend (für die Lehrer ca. 35 Wochenstunden in der Schule, weitere zehn Stunden frei verfügbar). Das hierarchische Modell der Schule mit Direktion und Klassenlehrern wird zumindest mittelfristig durch flache Hierarchien und Lehrerteams ersetzt. Das Modell Futurum ist gegenwärtig gewiss am radikalsten, dennoch sind auch in Österreich ähnliche, wenngleich nicht so konzeptuell verdichtete Tendenzen klar erkennbar.

**IN DER RATLOSIGKEIT** und Eile, in der auf die Budgetsituation und die Krise des Wirtschaftssystems reagiert wird, gibt es wenig Zeit und wenig finanzielle Ressourcen für eine Evaluierung der Investitionen, vielmehr bedient man sich bewährter Rezepte. Zu den innovativeren Ansätzen zählen das Konzept der Campus-Schule in Wien wie auch die Einführung der Neuen Mittelschule, beide bereits vor der Krise initiiert. Die bewährten Rezepte sind der Erhalt des Bestehenden sowohl materiell als auch ideell. Im Bereich der Gebäude setzt man auf Instandsetzung ohne funktionelle Reorganisation und fast ohne zusätzliche Raumressourcen. 2008 wurde die maximale Schülerzahl pro Klasse gesenkt, und zwar von 30 auf maximal 25 Schüler pro

Klasse, sowohl im Pflichtschul- als auch im weiterführenden Bereich. Wie viele zusätzliche Klassenzimmer in Zeiten der Budgetknappheit und des steigenden Haushaltsdefizits angeboten werden können, ist derzeit nicht erkennbar. Im Rahmen der Schulsubstanzerneuerung in Wien, einer gut organisierten und notwendigen Sanierungsoffensive, mit der mehr als 240 Schulen bis 2017 renoviert werden, sind Zubauten und Erweiterungen explizit ausgeschlossen.

In Wien sind einige wenige Schulneubauten lediglich im Bereich der neuen Wohnbaugemeinschaften vorgesehen. Das Bildungskonzept des BMUKK hat ganz eindeutig auch räumliche Konsequenzen, die aber kaum explizit gemacht werden. Die Initiative 25plus, also die Senkung der Schülerzahl auf 25, ist in wachsenden Ballungsgebieten im Pflichtschulbereich nicht einfach umzusetzen. In Wien müssen gewisse Engpässe zumindest kurzfristig mittels „mobiler Klassen“ abgedeckt werden. Die Umsetzung von Kleingruppenunterricht und Integrationsmaßnahmen zehrt ebenfalls an den vorhandenen Raumressourcen. Weiters führt die Schaffung von Ganztagsangeboten zu zusätzlichem Raumbedarf in Form von Freizeitbereichen, Ausspeisungsküchen und Speisesälen. Zusätzlicher Bedarf an Raum entsteht auch durch gesteigerte Anforderungen im Bereich der Sicherheit, vor allem in Bezug auf Brandschutz und Fluchtwege. Im Konflikt mit den Lehrern entstand das „5-Punkte-Programm zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrer“ des BMUKK. Auch dieses

Lösungsangebot von Ministerin Schmied, die Arbeitsfläche pro Lehrer zu verdoppeln, wird zweifelsohne massive räumliche Konsequenzen haben.

**KNAPPER RAUM:** Die Schulen verfügen bereits seit dem 19. Jahrhundert über sehr knappe Raumressourcen. Die typische Klassenzimmergröße mit 60 bis 63 Quadratmetern, die bereits 1903 im „Handbuch der Architektur“ im Band über „Gebäude für Erziehung, Wissenschaft und Kunst“ beschrieben wurde, blieb bis heute die Norm. Um die Jahrhundertwende saßen noch 60 bis 70 Schüler in den Schulbänken eines solchen Raums. Die empfohlene Klassenzimmerfläche pro Schüler betrug 0,80 bis 1,50 m<sup>2</sup>. In der Zwischenkriegszeit änderte sich an diesen Zahlen kaum etwas. Lediglich eine einzige Mittelschule wurde in dieser Zeit in Wien errichtet und nur wenige Pflichtschulen. Durch die Kriegszerstörungen und wirtschaftliche Härten in der Wiederaufbauzeit konnte man die Standards auch in der Nachkriegszeit nicht wesentlich anheben.

Als 1962, also 46 Jahre vor der jüngsten Reduktion der Schülerzahl pro Klasse, zuletzt die Zahl der Schüler von 36 auf 30 gesenkt wurde, war ebenfalls klar, dass die vorhandenen Budgetmittel nicht ausreichen würden, um genug Schulneubauten zu errichten. Der damalige Bundesminister für Unterricht Heinrich Drimmel gab dieses Faktum in einem Gespräch mit dem Architekturforscher Sokratis Dimitriou ohne zu zögern zu (Aufbau, Heft 8 und 9, »



Jede Investition in die Bildung ist auch eine Investition in die lokale Wirtschaft.

» Jahrgang 1963). Nach den heutigen Vorgaben und bei gleichbleibender Klassenzimmergröße verfügen Schüler samt Lehrer über je 2,4 m<sup>2</sup>. Die durchschnittliche Bürofläche pro Mitarbeiter in Europa beträgt derzeit 11,40 m<sup>2</sup>, die durchschnittliche Wohnnutzfläche pro Bewohner in Wien 35 m<sup>2</sup>. Paradox erscheint, dass gemäß OECD-Untersuchungen zwar in Österreich eindeutig mehr in die Bildung investiert wird als in einigen anderen europäischen Staaten, jedoch mit bescheidenen Resultaten, gemessen am Lernerfolg. Die Erhaltung des Status quo ist aufwändig.

**UMFASSENDE REFORM VONNÖTEN:** Einmal mehr wird klar, dass es trotz und vor allem wegen der Krise einer umfassenden Reform bedarf. Rainer Schweppe, Leiter der Bildungsabteilung der Stadt Herford in Deutschland, spricht es ganz deutlich aus: Bildung ist eine Standortfrage, vor allem für kleinere Städte und Gemeinden. In Herford ist die demografische Entwicklung leicht rückläufig. Es werden jedoch keine Schulstandorte aufgelassen, vielmehr werden die frei gewordenen Flächen dafür genutzt, das Raumangebot deutlich zu erhöhen und neue pädagogische Konzepte umzusetzen. Es ist klar, dass innovative und reformorientierte Entwicklungen im Schulbereich wie Individualisierung des Unterrichts, Kleingruppenunterricht, kleinere Klassen, Rhythmisierung, Ganztagsangebote, angemessenere Lehrerbearbeitungsplätze und nicht zuletzt die Umsetzung von erhöhten Sicherheitsmaßnahmen ganz eindeutig zusätzlichen Raumbedarf auslösen. Und sprechen wir es einfach aus: Das Raumangebot war auch bis dato nicht gerade üppig. Nach Jahrzehnten, in denen deficit spending zumindest in der EU verpönt und verboten war, kommen staatliche Interventionen

und gezielte Investitionen nun wieder in Mode. Es ist eine eindeutig politische Entscheidung, in was und wen investiert wird. Lehrer, Schüler und nicht zuletzt Eltern, aber auch die Planenden können hier auf einen Bereich verweisen, der unumstritten über alle Ideologiegrenzen hinweg als derjenige gilt, in dem die Zukunft entschieden wird: die Bildung. Jede Investition in diesem Bereich ist eine Investition in die lokale Wirtschaft.

**ARBEITSMARKTPOLITISCH WIRKSAME MASSNAHMEN:** Zur Diskussion stellen wir folgende Strategie: Die vorhandenen Schulstandorte, sowohl in Ballungsgebieten als auch in Landesteilen mit rückläufiger demografischer Entwicklung, sind umfassend zu (general)sanieren und mit Rücksicht auf die vorhandene Konstruktion funktionell an die neuen pädagogisch-organisatorischen Entwicklungen anzupassen. Das Raumangebot muss, wenn eine Verbesserung der Situation im Bildungsbereich tatsächlich ernsthaft angestrebt wird, kurz- wie auch mittelfristig erhöht werden. Die Schulstandorte in Stadtrandlagen verfügen über großzügige Grundstücksreserven für Erweiterungsflächen. In dichten urbanen Lagen gilt es, zusätzliche attraktive Schulstandorte unter anderem auch für Mittelstandsfamilien anzubieten. Für die neuen Schulstandorte sind im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Gebäudebestandes, aber auch aufgrund knapper Grundstücksreserven vor allem bestehende Bauten heranzuziehen. Hier kommen auch Bürobauten in Frage, die nach dem Platzen des Investitionsypes leer stehen werden. Alle baulichen Maßnahmen, aber auch die Schaffung von neuen, staatlich finanzierten Angeboten in der Bildung (Nachmittagsbetreuung) sind arbeitsmarktpolitisch wirksam.

Arch.  
DI Maja Lorbek

ist Wissenschaftlerin  
und Architektin.

DI Robert Temel

ist selbstständiger  
Forscher, Journalist  
und Vermittler in den  
Bereichen Architektur,  
Stadt und Kultur.